

des transports et des télécommunications vous recommande aujourd'hui de vous rallier. C'est pourquoi, après avoir combattu cette initiative pendant deux ans dans les rangs de la minorité, je me retrouve aujourd'hui rapporteur, pour le plus grand bonheur de M. Häggerle.

Donc, le Conseil fédéral, le Conseil des Etats, la majorité de la Commission des transports et des télécommunications et, bien entendu, les trois régies concernées estiment tous que les mesures d'accompagnement existent en matière de politique régionale, qui permettent d'ores et déjà de réaliser les conditions-cadres nécessaires à la création de nouveaux emplois et places d'apprentissage dans toutes les régions de la Suisse, y compris dans les Grisons. Le train de mesures existant en politique régionale, que ce soit dans les domaines de la formation, de la création d'entreprises ou de services de placement, est adéquat et suffisant.

Par ailleurs, la majorité de la commission a aussi retenu les arguments de la compétitivité des entreprises qui ont été développés plus en détail par M. Theiler, rapporteur de langue allemande, en accord à nouveau avec le Conseil fédéral qui estime qu'«une politique de l'emploi qui ne prendrait pas en compte les processus de production, ni l'évolution des besoins de la clientèle porterait préjudice à la compétitivité des entreprises» et donc à la qualité même du service au public. Nous fixons à nos régies des objectifs de qualité, de services, de rentabilité, de capacité de faire face à la concurrence et nous n'avons pas à intervenir dans leur fonctionnement, surtout si cette intervention va à l'encontre même des buts initiaux que nous leurs fixons. L'emploi ne peut pas être créé, il ne peut être créé que s'il répond à un besoin.

La majorité de la commission vous recommande donc d'adhérer à la décision du Conseil des Etats et de rejeter aujourd'hui définitivement le projet issu de l'initiative parlementaire Häggerle.

Leuenberger Moritz, Bundesrat: Die drei Unternehmungen, um die es hier geht, wurden nach dem Willen des Gesetzgebers in den Wettbewerb geschickt. Es wurde ihnen aufgegeben, eigenwirtschaftlich und gleichzeitig für die flächendeckende Grundversorgung verantwortlich zu sein, wobei sie diesbezüglich von uns Zielvorgaben erhalten. Diese Aufträge führen notwendigerweise zu Restrukturierungen und zu Rationalisierungen. Soweit es ihnen möglich ist, nehmen die Unternehmungen tatsächlich auf die Regionen Rücksicht, denn diese Restrukturierungen benachteiligen tatsächlich die Arbeitsplatzverhältnisse in den Randregionen.

Was die drei Unternehmungen hier selbst machen können, genügt jedoch nicht. Daher hat der Bundesrat im August 2000 flankierende Massnahmen beschlossen, welche die Aus-, Fort- und Weiterbildung zum Inhalt haben, die Gründung von neuen Unternehmungen in diesen Regionen, Grundstücke und Liegenschaften, weitere wirtschaftsnahe Infrastruktur, touristische Projekte, Stellenvermittlung usw. Von daher ist der Bundesrat der Meinung, die Unternehmungen dürfen nicht dazu gezwungen werden, die Arbeitsplatzpolitik nach regionalen Gesichtspunkten statt nach den wirklichen Kundenbedürfnissen auszurichten. Die Unternehmungen sind ja auch darauf angewiesen, die Verlagerung so zu machen, dass sie die Kundenbedürfnisse, die ja auch immer da sind, befriedigen können. Es wäre sonst eine andere Politik, es wäre auch wettbewerbsverzerrend, und zwar zum Nachteil der Bundesunternehmen, die im freien Wettbewerb mit anderen Firmen sind, die dann auf die Kundenbedürfnisse Rücksicht nehmen können und diesen Ballast nicht haben.

Es ist auch die Frage nicht ganz geklärt, wie und von wem denn eigentlich diese Auflagen bezahlt werden. Da muss ich halt nochmals sagen: Es kommt die Schuldenbremse, und ein gnadenloser Verteilkampf wird dieses Haus durchstürmen. Ich bin sehr gespannt, wie solche Auflagen von uns bezahlt werden sollen. Der Bundesrat ist auch der Meinung, dass seine Lösung, nämlich Unternehmensgründungen in diesen Regionen zu realisieren, eine verheissungsvollere

Arbeitsplatzpolitik ist. Da geht es um Arbeitsplätze, die dort eine Zukunft haben und die nicht der Strukturerhaltung dienen. Deswegen sind wir nach wie vor der Meinung, unser Weg sei der bessere.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 98.446/1980)

Für den Antrag der Mehrheit 81 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 77 Stimmen

99.076

Teilrevision des Mietrechtes und Volksinitiative

«Ja zu fairen Mieten»

Révision partielle du droit de bail et initiative populaire

«pour des loyers loyaux»

Ordnungsantrag – Motion d'ordre

Botschaft des Bundesrates 15.09.99 (BBI 1999 9823)

Message du Conseil fédéral 15.09.99 (FF 1999 9127)

Nationalrat/Conseil national 04.12.00 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 05.12.00 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 11.12.00 (Fortsetzung – Suite)

Bericht RK-SR 11.12.00

Rapport CAJ-CE 11.12.00

Ständerat/Conseil des Etats 14.12.00 (Frist – Délai)

Ständerat/Conseil des Etats 04.12.01 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 05.12.01 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 14.12.01 (Ordnungsantrag – Motion d'ordre)

Ständerat/Conseil des Etats 14.12.01 (Ordnungsantrag – Motion d'ordre)

Nationalrat/Conseil national 04.03.02 (Ordnungsantrag – Motion d'ordre)

Nationalrat/Conseil national 12.03.02 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 12.03.02 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ordnungsantrag Hegetschweiler

Das Geschäft 99.076, Teilrevision des Mietrechtes im Obligationenrecht und Volksinitiative «Ja zu fairen Mieten» (Vorlage 2), ist vom Programm der Frühjahrssession 2002 zu streichen.

Motion d'ordre Hegetschweiler

L'objet 99.076, Révision partielle du droit de bail dans le Code des obligations et initiative populaire «pour des loyers loyaux» (projet 2), est retiré du programme de la session de printemps 2002.

Hegetschweiler Rolf (R, ZH): Sie haben meinen Ordnungsantrag, das Geschäft «Teilrevision des Mietrechtes» (Vorlage 2) von der Geschäftsliste dieser Frühjahrssession zu streichen, ausgeteilt erhalten. Warum dieser etwas ungewöhnliche Antrag? Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates hat am 11. und 12. Februar die Differenzbereinigung der Mietrechtsvorlage behandelt. Buchstäblich in letzter Minute sind neue Konzepte eingebracht worden, insbesondere der so genannte «accord romand». Mit Stichtentscheid der Präsidentin hat die Kommission diesem neuen Konzept, das als Verständigungslösung zwischen Mieter- und Vermieterkreisen aus der Romandie präsentiert worden ist, zugestimmt, ohne dass die verschiedenen davon betroffenen Artikel des Mietrechtes im Detail beraten wurden. Damit ist dieses Geschäft für die am 6. März vorgesehene Plenumsdebatte nicht behandlungsreif und muss in der Kommission nochmals zur Diskussion gestellt werden. Andernfalls müsste am 6. März die Beratung zu den verschiedenen Konzepten und Systematiken im Plenum stattfinden, was wohl der Sache wenig dienlich wäre.

Artikel 16 des Bundesgesetzes über den Geschäftsverkehr der Bundesversammlung sieht vor, dass zur Differenzberei-



nigung zwischen den Räten die abweichenden Beschlüsse des einen Rates zur erneuten Beratung an den andern Rat zurückgehen. Die Beratungen haben sich ausschliesslich auf diejenigen Fragen zu beschränken, über welche keine Einigung zustande gekommen ist. Ein Zurückkommen auf Fragen, welche über die eigentlichen Differenzen hinausgehen, ist nur statthaft, wenn dies als Folge neuer Beschlüsse notwendig wird oder wenn die Kommissionen beider Räte einen entsprechenden übereinstimmenden Antrag stellen. Das ist nicht geschehen.

Das vorliegende Geschäft zur Mietrechtsrevision ist sehr komplex und stellt hohe Anforderungen an die Beratenden. Bereits der Vergleich der Beschlüsse von National- und Ständerat gestaltet sich schwierig, da die Vorlagen auf einer unterschiedlichen Systematik aufbauen. Das erst in der Differenzbereinigung vorgelegte Modell folgt sodann weder der Systematik des Ständerates noch jener des Nationalrates. Das Geschäft ist deshalb an die Kommission zurückzuweisen. Nur so kann sichergestellt werden, dass zuhanden des Plenums ein kohärenter Beschluss vorliegt, der sich auf die Differenzbereinigung mit dem Ständerat bezieht.

Aus zeitlichen Gründen verzichte ich darauf, auf Ungereimtheiten in diesem so genannten «accord romand» einzugehen. Auch dort sind noch gewisse Sachen unklar, und ich glaube, auch von jener Seite wird gewünscht, dass man diesen Ungereimtheiten nochmals in einer Kommissionsberatung nachgehen kann.

Noch zum zeitlichen Ablauf: Der Absetzung des Geschäftes von der Traktandenliste zwecks Rückweisung an die Kommission für Rechtsfragen steht eigentlich nichts entgegen. Die Schlussabstimmung über die Volksinitiative «Ja zu fairen Mieten» muss ja ohnehin am 12. März erfolgen. Da es bis zu diesem Zeitpunkt nicht möglich ist, einen indirekten Gegenvorschlag in beiden Räten zu verabschieden, hat die Schlussabstimmung über die Volksinitiative ohnehin separat und in Unkenntnis des definitiven Gegenvorschlages zu erfolgen. Auch das Büro unseres Rates hat heute über Mittag mit sehr grosser Mehrheit der Streichung des Geschäftes von der Geschäftsliste zugestimmt, konnte diese aber aus formellen Gründen nicht vornehmen. Darum müssen wir sie hier beschliessen.

Die Kommission ist auch bereit, sich nochmals mit dem Geschäft zu befassen. Frau Thanei hat sich als Präsidentin der Kommission mir gegenüber auch in diesem Sinne geäusser. Sie stellt möglicherweise den Antrag, dass man noch versuchen sollte, das Geschäft in der letzten Sessionswoche zu behandeln. Das hängt natürlich von den zeitlichen Möglichkeiten in der Kommission und im Rat ab.

Ich bitte Sie aber, der Kommission die Gelegenheit zur nochmaligen Beratung zu geben und der Streichung des Geschäftes von der Traktandenliste und damit der Rückweisung an die Kommission zuzustimmen.

Pelli Fulvio (R, TI), pour le Bureau: Le Bureau a examiné la motion d'ordre Hegetschweiler, mais il a décidé de ne pas biffer de l'ordre du jour de cette session le débat sur les divergences en matière du droit de bail (projet 2). C'est pour des raisons techniques que le Bureau ne peut pas accepter cette motion d'ordre. Même s'il est convaincu de la nécessité de renvoyer l'objet à la commission, cela ne peut se faire que si l'objet reste à l'ordre du jour. Le Bureau m'a chargé de communiquer qu'il était favorable à une proposition de renvoi à la commission qui aurait dû être présentée lors du débat sur le projet, c'est-à-dire mercredi prochain. Maintenant, on se trouve en présence d'une motion d'ordre qui demande de biffer cet objet du programme de la session. Mais en retirant cet objet du programme de la session, il n'est techniquement pas possible de renvoyer le projet 2 à la commission. Si le plénum adopte cette motion d'ordre, ce sera à la commission de décider si elle doit reprendre le traitement de l'objet ou non; elle pourra le faire si elle le veut, mais elle n'y sera pas obligée.

En tout cas, pour le Bureau, il est opportun de renvoyer l'objet à la commission, car il craint que le débat sur l'objet, tel

que proposé par la commission dans le dépliant, soit compliqué lors de l'examen de détail, auquel la commission n'a en partie pas procédé.

C'est pour des raisons d'opportunité que le Bureau aurait préféré voir l'objet renvoyé à la commission.

Günter Paul (S, BE), für das Büro: Herr Pelli hat Ihnen das Problem dargelegt. Wenn Sie dem Ordnungsantrag Hegetschweiler zustimmen, verschwindet das Traktandum von der Traktandenliste, aber in Bezug auf Rückweisung haben Sie nichts beschlossen. Das ist das Problem des Ordnungsantrages Hegetschweiler, der in Bezug auf Rückweisung ein Durcheinander macht. Seine Idee, seine Absicht ist schon klar. Aber wenn Sie nur das Traktandum streichen, dann haben Sie formell nichts dazu beschlossen, was die Kommission machen muss.

Persönlich widersetze ich mich daher dem Streichungsantrag. Ich habe es auch im Büro gesagt: Es wäre intelligenter, das normale Verfahren abzuwickeln und die Rückweisung am Mittwoch zu beantragen, wenn das Geschäft zur Behandlung ansteht. Allerdings müsste man dann auch sagen, wozu die Rückweisung und was wir von der Kommission erwarten. So schreibt unser Geschäftsreglement das vor. Ein derartiges Vorgehen würde durchaus auch Sinn machen.

Es ist nicht so, dass das Büro den Beschluss, der Ihnen jetzt von Herrn Hegetschweiler beantragt wird, nicht hätte fassen können. Wir im Büro machen die Traktandenliste. Wir hätten also das Traktandum ohne weiteres absetzen können. Aber nach der Ermahnung von Herrn Pelli, der uns darauf aufmerksam gemacht hat, was das bedeuten würde, haben wir gesagt: Es ist nicht intelligent, das Geschäft von der Traktandenliste zu nehmen und den Wunsch, was wir vielleicht gerne hätten, hinterherzuschicken, wenn die Kommission aber machen kann, was sie will. Es wäre viel besser und intelligenter, wenn im Rat der Antrag auf Rückweisung gestellt und gesagt wird: Wir wollen, dass dieses Problem von der Kommission auf diese und jene Weise gelöst wird. Wenn Sie dem Antrag Hegetschweiler folgen, haben Sie nichts gelöst und nichts wirklich beschlossen. Vielleicht macht die Kommission das Richtige, vielleicht auch nicht.

Es wäre von daher gesehen richtig – und das beantrage ich Ihnen –, dass man den Rückweisungsantrag dort stellt, wo er hingehört, nämlich bei Beginn der Beratung des Geschäftes am Mittwoch.

Glasson Jean-Paul (R, FR), pour la commission: Je m'exprime ici comme rapporteur de langue française de la Commission des affaires juridiques. Celle-ci ne s'est bien sûr pas penchée sur la motion d'ordre réclamant le retrait de l'ordre du jour de l'objet en question, soit du projet de modification du droit du bail (projet 2), mais elle a clairement décidé de débattre des nouveaux concepts qui lui ont été proposés dans le but de sortir de l'ornière où nous nous trouvons, puisque nos deux Conseils ont des positions divergentes sur cet objet. Elle a d'ailleurs repoussé les propositions de renvoi du débat qui ont été faites en son sein.

Si nous ne délibérons pas lors de cette session sur la révision du Code des obligations, l'initiative «pour des loyers loyaux» ira seule devant le peuple et les cantons, alors même que, si nous arrivons à nous mettre d'accord sur un projet raisonnable, soit sur l'«accord romand» par exemple, nous pourrions arriver à son retrait.

Or, je vous rappelle tout de même qu'à la session de décembre, nos deux Conseils ont décidé de repousser le vote final sur l'arrêté qui invite le peuple et les cantons à rejeter l'initiative, de sorte qu'on puisse élaborer, le cas échéant, un contre-projet indirect. Si l'on ne le fait pas, l'initiative ira seule devant le peuple et les cantons. Elle y fera vraisemblablement un score honorable. Même si, par hypothèse, nous arrivions à mettre sur pied à temps un contre-projet indirect, celui-ci, s'il n'est pas complètement satisfaisant, conduira au lancement d'un référendum et nous serons rendus à la case départ. Deux ans de discussions pour en arriver à rien et reprendre les débats, quel gâchis pour ce Parlement! Il faudra tout recommencer.

Je dois dire que je suis perplexe devant la motion d'ordre Hegetschweiler. Si l'on peut encore comprendre une proposition de renvoi à la commission, je ne vois pas bien où mène ce retrait de l'objet de l'ordre du jour. Que va-t-il advenir de la réforme? Qu'allons-nous faire? Qui va se saisir de l'objet? Le représentant du Bureau, tout à l'heure, a posé ces questions. Je ne puis donner de réponse plus satisfaisante que lui.

Je vous propose de rejeter la motion d'ordre Hegetschweiler et de délibérer mercredi, comme prévu, sur la révision du droit du bail. Si, à ce moment-là, vous désirez renvoyer l'objet, je plaiderai en faveur de ce projet et de cette question le moment venu.

Ménétrey-Savary Anne-Catherine (G, VD): J'ai toujours pris M. Hegetschweiler pour un homme compétent et sérieux qui mettait – hélas pour nous locataires – toute sa compétence au service des propriétaires. Mais là, vraiment, je ne comprends pas.

Monsieur Hegetschweiler, vous donnez l'impression depuis quelques temps de vous affoler. Vous donnez des signes de panique. Il nous semble que vous gesticulez dans tous les sens: vous faites des propositions en commission, vous les retirez, puis vous les redéposez, maintenant vous nous faites distribuer des propositions corrigées, puis vous parlez de renvoi en commission et, enfin, par cette motion d'ordre vous demandez maintenant de retirer l'objet de l'ordre du jour. Peut-être, Monsieur Hegetschweiler, avez-vous besoin d'un peu de temps pour remettre vos idées en ordre. Mais il faut bien voir que si ce délai vous permettra de retrouver votre calme, cela ne fera pas avancer d'un centimètre la révision du droit du bail puisque, comme ça vient d'être dit, rien ne se passera vraisemblablement en commission, d'ici une prochaine session.

Dans un dossier dramatiquement enlisé, on avait une chance de s'en sortir grâce à un accord entre les milieux immobiliers et les associations de locataires. Mesdames et Messieurs, vous avez le droit de torpiller un accord négocié par les partenaires sociaux, encore que cela comporte des risques politiques, parce que cet accord avait été fort bien accueilli par l'opinion publique et par la presse, notamment en Suisse romande, et parce que cet accord n'est pas si mauvais que M. Hegetschweiler veut bien le dire, puisqu'il consiste à reprendre la majorité du droit actuel moins le lien avec le taux hypothécaire – les milieux immobiliers romands ne sont pas forcément plus bêtes que les milieux suisses alémaniques et ne travaillent pas contre leur intérêt. Vous avez le droit de torpiller cet accord, mais faites-le à la loyale en affrontant le combat et le débat, et non pas en lui tournant le dos.

C'est pour cette raison que je vous demande de rejeter la motion d'ordre Hegetschweiler.

Eggy Jacques-Simon (L, GE): J'ai l'impression qu'on a deux options, une option tactique et une option stratégique et politique. L'option tactique, c'est, parce qu'il y avait des mécontents par rapport à la courte majorité qui l'a emporté, de dire que si on repousse le traitement du projet 2, on reprendra la discussion, que vous pourrez présenter de nouveau les arguments qui sont un peu les arguments qui ont prévalu au Conseil des Etats, que tout pourra recommencer. Je peux comprendre ce point de vue.

Mais, du point de vue stratégique, M. Glasson l'a parfaitement expliqué tout à l'heure, nous sommes enlisés. Il y a une divergence très forte entre le Conseil national et le Conseil des Etats, et nous avons repoussé le vote final sur l'initiative populaire. Si nous ne traitons pas ce sujet, il y a toutes les raisons de penser que l'initiative ne sera pas retirée et qu'elle ira en votation populaire sans contre-projet. Cela n'est stratégiquement et politiquement pas intelligent. Et finalement, il y a quand même une option politique.

En commission, nous n'avons pas été dans tous les détails. Mais nous avons parfaitement vu que ou bien nous suivons le modèle, quitte à ce qu'il y ait encore un amendement ici et

là, proposé par un accord qui n'est pas seulement romand, un accord qui comprend également les milieux des locataires alémaniques, ou bien nous continuons à faire des navettes qui nous conduiront à l'impasse.

Je crois – c'est un libéral qui vous le dit, Monsieur Hegetschweiler – que l'option de l'impasse, c'est que l'initiative soit présentée au peuple sans contre-projet. Vous pensez que l'initiative sera rejetée, mais je n'en suis pas si sûr. Je suis attaché à l'idée qu'on trouve une solution, et je suis attaché à l'idée d'un résultat entériné politiquement, soit par une négociation entre partenaires sociaux. C'est l'esprit de la paix du travail dans le meilleur sens du terme. Je ne vois vraiment pas pourquoi nous continuions à ensabler un projet qu'il s'agit justement de désensabler.

C'est la raison pour laquelle je voterai contre la motion d'ordre Hegetschweiler. Je pense que nous sommes politiquement assez mûrs pour traiter cette affaire durant cette session.

Aeschbacher Ruedi (E, ZH): Ich bitte Sie, dem Ordnungsantrag Hegetschweiler zuzustimmen. Das Geschäft ist nicht behandlungsreif. Warum ist es nicht behandlungsreif? Wir haben zwei grundsätzlich unterschiedliche Modelle. Ein Modell haben wir in der Kommission durchberaten. Das zweite Modell ist tatsächlich über Nacht gekommen und lag erst am Sitzungstag vor. Dieses Modell wurde nicht in seinen Konsequenzen diskutiert. Wir konnten nicht die notwendigen Abklärungen treffen und stehen nun vor der Tatsache, dass der Rat, wenn das Geschäft behandelt würde, sich am Mittwoch zuerst zu diesen beiden Modellen äussern und dann darüber entscheiden müsste – dies, ohne dass wir das eine Modell, eben diesen «accord romand», in der Kommission genauer unter die Lupe genommen hätten. Ich kann mir vorstellen, dass das eine lange, mühsame Angelegenheit werden könnte. Das ist kein Geschäft, das für den Rat reif ist. Ich bitte Sie, dem Ordnungsantrag Hegetschweiler zuzustimmen.

Maitre Jean-Philippe (C, GE): Je partage sur le fond l'avis de M. Eggy quant à la pertinence de l'accord qualifié d'«accord romand» qui effectivement va plus loin que la Suisse romande, ne serait-ce que parce qu'il est également soutenu par l'Union suisse des professionnels de l'immobilier. Mais je ne parviens pas aux mêmes conclusions que lui quant à la nécessité que cette affaire fasse l'objet d'un réexamen par la commission.

Pourquoi? Il nous a été dit clairement qu'en commission cet accord avait été repris tel quel comme option et comme variante, sans examen de détail. Or, à l'évidence, même si sa marge de manœuvre n'est pas très grande, le Parlement n'est pas lié à la lettre par cet accord et un examen de détail de ce qu'il prévoit s'impose, de façon, le cas échéant, à voir si, sur un point ou sur un autre, il doit être ajusté. Cet examen de détail n'ayant pas eu lieu, je trouverais pour ma part assez fâcheux que ce Conseil rejette cet accord, qu'il choisisse d'autres options, sans qu'un examen de détail de cet accord ait eu lieu en commission. Vis-à-vis de ceux qui ont négocié et qui sont arrivés à un résultat, que je trouve important, je pense que ce serait une erreur politique.

Voilà les raisons pour lesquelles je trouve que ce dossier devrait être réexaminé par la commission, de façon à avoir une vision totalement consolidée et des options véritablement et complètement étudiées les unes à côté des autres, cela afin que ce Conseil puisse prendre une décision en connaissance de cause.

Thanei Anita (S, ZH): Ich beantrage Ihnen ebenfalls Ablehnung des Ordnungsantrages Hegetschweiler, bin jedoch einverstanden, dass dieses Geschäft noch einmal in der Kommission behandelt wird, und stelle den Ordnungsantrag auf Verschiebung dieses Traktandums auf die dritte Sessionswoche.

Zum Inhaltlichen: Der «accord romand» kam nicht über Nacht, und es trifft auch nicht zu, dass wir materiell nicht



darüber gesprochen hätten. Ich möchte Sie einfach daran erinnern, dass sich der «accord romand» mehrheitlich am geltenden Recht anlehnt, und gehe davon aus, dass jemand, der sich seriös mit einer Revision befasst, auch das geltende Recht kennt. Es ist nicht die Schuld der Kommission, wenn der Hauseigentümerverband längere Zeit benötigt, um seine Mitglieder genügend zu instruieren. Wir haben in der Kommission inhaltlich sowohl über diesen «accord» wie auch über die anderen Modelle gesprochen, sind aber gerne bereit, in den nächsten beiden Wochen eine Kommissionssitzung durchzuführen.

Ich beantrage Ihnen deshalb, den Ordnungsantrag Hegetschweiler abzulehnen und meinem Antrag auf Verschiebung des Geschäfts auf die dritte Sessionswoche zuzustimmen.

Joder Rudolf (V, BE): Im Namen der SVP-Fraktion ersetze ich Sie, den Ordnungsantrag Hegetschweiler zu unterstützen. Es handelt sich hier um ein sehr wichtiges Rechtsgebiet. 70 Prozent der schweizerischen Bevölkerung leben in Mietverhältnissen; wir haben ungefähr drei Millionen Mietwohnungen auf dem Markt. In der Kommission haben wir keine Detailberatung zu den einzelnen Gesetzesbestimmungen durchgeführt. Es ist zutreffend, dass wir die verschiedenen, zum Teil sehr kurzfristig eingebrachten Modelle miteinander verglichen haben. Aber es handelt sich, wie Sie auf der Fahne sehen, um eine sehr komplizierte Materie, und ich bin der festen Überzeugung, dass wir es als gesetzgebende Behörde der Bevölkerung gegenüber schuldig sind, uns seriös und gründlich und vorbereitet mit dieser wichtigen Materie auseinander zu setzen.

Materiell kann ich mich zum jetzigen Zeitpunkt zu den einzelnen Modellen noch gar nicht äussern. Wir haben das in der Fraktion noch nicht behandelt, ich kann nur feststellen: Das Geschäft ist absolut nicht behandlungsreif! Ich möchte Sie wirklich im Interesse unseres Auftrages bitten, dem Ordnungsantrag Hegetschweiler zu folgen und das Geschäft abzusetzen.

Es ist für die Kommissionsmitglieder absolut klar – um auf die formellen Einwände noch einzugehen –, dass wir dieses Geschäft noch einmal sehr gründlich in der Kommission behandeln müssen. Ob das noch in dieser Session möglich ist oder nicht, kann ich jetzt nicht beurteilen. Aber was zwingend ist, ist eine gründliche nochmalige Beratung in der Kommission.

Ich bitte Sie, dem Ordnungsantrag Hegetschweiler zuzustimmen.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Avant de soumettre la motion d'ordre au vote, je demande à M. Hegetschweiler si éventuellement il la retire au profit de celle de Mme Thanei. Je vous rappelle que Mme Thanei a présenté sa motion d'ordre par oral. Celle-ci prévoit le report du traitement de l'objet à la troisième semaine de la session.

Hegetschweiler Rolf (R, ZH): Mir geht es nicht darum, dieses Geschäft zu torpedieren, wie dies gesagt wurde. Ich habe mich – das werden die Kommissionsmitglieder bestätigen können – sehr intensiv damit befasst und bin absolut bereit, das Geschäft zu behandeln, wenn es behandlungsreif ist. Das ist es aber nicht.

Ich hätte auch nichts gegen eine Behandlung in der dritten Sessionswoche. Nur wissen Sie und ich, wie schwierig es ist, während einer Session noch Kommissionssitzungen mit genügender Präsenz durchzuführen, und bei diesem Geschäft geht es nicht um eine halbe oder eine ganze Stunde. Wir müssen dafür einen halben Tag einsetzen können, sonst sind wir nachher nicht viel weiter als jetzt. Ich bin auch der Meinung, dass es sich für dieses wichtige Geschäft lohnt, vorbereitet und mit klarer Ausgangslage in das Plenum zu kommen.

Ich ziehe meinen Ordnungsantrag nicht zurück, weil ich nicht sicher bin, ob ich dann nicht nochmals einen Antrag stellen müsste, das Geschäft doch noch abzusetzen, wenn wir nicht

in der Lage sind, es in der Kommission durchzuberaten. Aber es geht mir nicht im Geringsten um Opposition gegen diese Gesetzesrevision.

Ich schlage Ihnen vor abzustimmen. Wenn Sie das Geschäft auch wirklich seriös vorbereitet haben wollen, dann müssen wir es absetzen. Wenn Sie das nicht wollen, wird sich zeigen, ob eine Verschiebung in die dritte Woche etwas bringt und eine Beratung möglich ist.

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire

Für den Ordnungsantrag Hegetschweiler 77 Stimmen

Für den Ordnungsantrag Thanei 74 Stimmen

Definitiv – Définitivement

Für den Ordnungsantrag Hegetschweiler 82 Stimmen

Dagegen 60 Stimmen

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): Cet objet est donc retiré du programme de la session de printemps.

Schluss der Sitzung um 19.50 Uhr

La séance est levée à 19 h 50